

Ltd. KVD Allroggen berichtete, dass am 30.09.2015 eine Sondersitzung des Sozialausschusses zum Thema „Flüchtlinge“ stattfinden werde. Hierzu könne er relativ wenige schriftliche Unterlagen vorlegen. Dies liege zum einen an den tagtäglich wechselnden Zahlen und Daten sowie den ständig neuen Informationen. Diese sollten möglichst aktuell sein. Zum anderen würden zurzeit noch Abstimmungen und Gespräche mit Vertretern der Städte und Gemeinden zu Aspekten des Themas stattfinden, welche ebenfalls eingebracht werden sollten. Anfang der Woche werde es kurzfristig aktuelle Informationen geben, die den Fraktionen und den Ausschussmitgliedern zugehen werden.

Ltd. KVD Allroggen erläuterte, dass das gesamte Thema „Flüchtlinge“ ein schwieriges Thema für die Städte, Gemeinden und den Rhein-Sieg-Kreis sei, weil die Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern sowie den Bezirksregierungen Arnsberg und Köln und den kommunalen Ebenen nicht gut funktionieren würde.

Es sei nach wie vor nicht genau bekannt, welche Personen registriert und erfasst seien, welche Personen noch registriert werden müssten und welche Personen zentral an andere Stellen verbracht werden müssten, damit sie registriert und untersucht werden.

Es sei oft unklar, welche Untersuchungen, die ersatzweise vor Ort vorgenommen worden seien, an anderer Stelle gesehen und akzeptiert werden würden. Des Weiteren würden Personen, die nicht in amtlicher Version registriert und erfasst worden seien, bei der Quotierung der Aufnahme von Flüchtlingen in den Kommunen nicht berücksichtigt werden.

Dies führe dazu, dass die Belegungsquoten-Zahlen des Landes mit den Zahlen vor Ort in den Kommunen nicht übereinstimmen.

Weiter machte Ltd. KVD Allroggen deutlich, dass die Situation einen enormen personellen Aufwand erfordere und alle beteiligten Ämter, vor allem aus den Bereichen Gesundheit, Soziales und Kommunales Integrationszentrum, voll ausgelastet seien. Er bat um Verständnis für die Verwaltung. Die zurzeit eingehenden zahlreichen Anfragen und Anträge zum Thema Flüchtlinge sollten gebündelt

und in der Sondersitzung behandelt werden. Offengebliebene Fragen könnten in Nachhinein geklärt werden. So könnte der anfallende Arbeitsaufwand reduziert werden.

Die Vorsitzende brachte ein, dass es unter anderem auch um ein Gesamtkonzept für den Rhein-Sieg-Kreis gehe und zeitnahe Informationen über das Vorgehen der einzelnen Kommunen sowie aktuelle Sachstände wichtig seien.

Ltd. KVD Allroggen teilte mit, dass man zwei Zugangsströme unterscheiden müsse.

Zum einen gebe es die zugewiesenen Flüchtlinge, die ein bestimmtes Verfahren durchlaufen haben, registriert seien und Städten und Gemeinden zugewiesen werden. Dies wäre das reguläre Verfahren.

Seit einigen Wochen sei die Zuwanderung so stark geworden, dass das normale Verfahren nicht mehr durchgeführt werde. Es seien sogenannte Notunterkünfte eingerichtet worden. Hierfür, so führte Ltd. KVD Allroggen aus, seien die großen Städte im Rhein-Sieg-Kreis vom Land NRW bzw. von der Bezirksregierung direkt in Anspruch genommen worden.

Inzwischen sei auch der nicht unmittelbar zuständige Rhein-Sieg-Kreis von der Bezirksregierung zur Notunterbringung von Flüchtlingen direkt herangezogen worden. Etwa 500 Flüchtlinge seien zurzeit in Troisdorf und Hennef untergebracht. Viele von Ihnen seien nicht registriert und würden häufig wechseln.

Ltd. KVD Allroggen erwähnte in diesem Zusammenhang eine große kreisangehörige Stadt, deren Unterkunft 150 Flüchtlinge zugewiesen worden seien, und aktuell sei dort die Anzahl der offiziellen Landesstatistik: 0 Personen zu finden.

Ltd. KVD Allroggen machte deutlich, dass schwierig sei, diese täglich wechselnden aktuellen Details weiterzugeben.

Der Krisenstab des Rhein-Sieg-Kreises hole sich jeden Morgen die aktuellen Meldungen. Diese seien unterschiedlich und schwankend. Daher mache es wenig Sinn, solche Detailinformationen immer zeitnah an die Kreispolitik weiterzugeben. Die Problematik und Thematik an sich ändere sich im Grunde genommen nur insofern, dass immer mehr Menschen aufgenommen und untergebracht werden müssten. Genaueres werde am 30.09.2015 berichtet.

SkB Ruiters erinnerte, dass viele der Vorfälle mit Flüchtlingen sehr kultursensibel seien. Sie berichtete zum Thema „Flüchtlinge und Gesundheit“ von einem Fall, in dem ein weiblicher Flüchtling eine schwere Eierstockentzündung gehabt hätte, aber nicht zur Verwaltung gegangen sei, weil der Mitarbeiter dort männlich gewesen sei.

Dies wären Dinge, an die man nicht unbedingt denken würde, wenn man über das Thema redete.

Ltd. KMD Dr. Meilicke bestätigte, dass dies eines der Beispiele sei, die täglich vorkommen würden.

Er berichtete, dass man mit einer Namenliste in die Notunterkünfte fahre um ein Untersuchungsprogramm durchzuführen. An Tagen, an denen es Taschengeld gebe, würden Kinder des Jahrgangs 98/99 zu Erwachsenen, Frauen zu Männern und auch die Namen seien beliebig austauschbar. Es gäbe viele Möglichkeiten, Irritationen hervorzurufen.

Weiter berichtete Ltd. KMD Dr. Meilicke, dass die Erstaufnahmeeinrichtungen (EAE) in NRW seit dem 24.07. nicht mehr in der Lage seien, die Flüchtlinge erst zu untersuchen und dann gesteuert an die Kommunen bzw. den Rhein-Sieg-Kreis weiterzuleiten. Die Menschen kämen auf verschiedenen Wegen. Es kämen nicht nur diejenigen, welche mit Zügen zu den Erstaufnahmeeinrichtungen gebracht werden würden, sondern auch diejenigen, welche bereits in anderen Unterkünften gewesen seien. In Königswinter sei die Hälfte der Flüchtlinge schon drei Wochen in Burbach oder in Hamm unterwegs gewesen. Teilweise seien sie schon voruntersucht gewesen.

Ltd. KMD Dr. Meilicke erklärte, dass grundsätzlich bei Ankunft der Flüchtlinge eine Erstuntersuchung stattfinde. Zum einen untersuche man die Personen auf Tuberkulose, zum anderen biete man alle standardmäßigen Impfungen an.

Er machte deutlich, dass dies zumindest theoretisch so ablaufen sollte. Jedoch sehe die Praxis oft anders aus.

Da die Flüchtlinge aus so vielen verschiedenen Quellen kämen, fände zuerst gar nicht die medizinische Begutachtung statt, sondern es würden erst die Papiere geprüft werden, weil viele sich schon länger in Deutschland aufhalten würden und bereits untersucht seien.

Es kämen auch viele Wiederkehrer (vor allem aus dem ehemaligen Jugoslawien), die zum zweiten, dritten oder vierten Mal eingereist seien.

Es sei eine hohe Anforderung für die Ärzte, mit dieser heterogenen Gruppe medizinisch korrekt umzugehen.

Was laut Ltd. KMD Dr. Meilicke nicht mehr zu leisten sei, sei eine korrekte Weiterdurchführung. Wenn man routiniert die Tuberkuloseuntersuchungen und Impfungen durchführen wolle, kämen viele Flüchtlinge mit ihren täglichen gesundheitlichen Beschwerden. Hierfür würde dann Hilfe organisiert werden, indem man die Personen auf die niedergelassenen Ärzte verteilen würde.

Der bürokratische Aufwand, die betreffenden Personen zu vermitteln, sei unverhältnismäßig zu der wirklichen Amtsaufgabe des Gesundheitsamtes.

Ltd. KMD Dr. Meilicke stellte klar, dass trotz allem den Menschen in den letzten acht Wochen gute medizinische Hilfe geboten worden sei. Wenn auch nicht immer zeitnah, so seien alle gut behandelt worden.

Zurzeit versuche man kontinuierlich die Tuberkuloseuntersuchungen und Impfungen abzuarbeiten. Das Vorankommen hänge dabei oft von den Beteiligten ab. Alle Programme für die Patienten der Notunterkunft des Rhein-Sieg-Kreises werden voraussichtlich in der nächsten Woche beendet sein.

Die Vorsitzende dankte für den Bericht und das bisher erbrachte Engagement.

Abg. Herchenbach–Herweg bat um Erläuterung einer an alle Grundschulen und Förderschulen im Rhein-Sieg-Kreis gerichteten E-Mail, welche die Bitte enthalte, ersatzweise auch Kinder aufzunehmen, die von niedergelassenen Ärzten untersucht worden seien und darüber eine Bescheinigung erhalten haben.

Ltd. KMD Dr. Meilicke machte deutlich, dass es ein Ziel sei, Flüchtlingskindern so schnell wie möglich Beschulung oder Teilnahme an Kindergärten möglich zu machen.

Die Gesetzeslage sei aber so, dass die Kinder erst nach Eröffnung eines Asylantrags der Eltern (nach 15 Monate Aufenthalt in Deutschland) schulpflichtig werden würden. Somit könne ein Kind, das nicht schulpflichtig ist, auch keiner Untersuchung durch den Amtsarzt oder den Jugendärztlichen Dienst unterzogen werden. Man habe sich ein Alternativverfahren überlegt. Nämlich, dass Kinderärzte, welche die Erstuntersuchung durchführen würden, ermächtigt würden, zu prüfen, ob ein Kind in eine Gemeinschaftseinrichtung gehen könne.

Dies sei aber von der Schuleingangsuntersuchung zu trennen.

Diese Kinderärzte sollten nur prüfen, ob die Kinder ansteckende Erkrankungen haben und ob ihr körperlicher und psychischer Zustand eine Teilnahme an Gemeinschaftseinrichtung zulässt. Nach dieser Untersuchung des Kinderarztes sollten Kinder von den Schulen aufgenommen werden, damit sie nicht den ganzen Tag in den Flüchtlingsunterkünften verwahrt werden, sondern etwas Sinnvolles zu tun bekämen. Darüber sollten die Schulen informiert werden.

Abg. Herchenbach–Herweg bestätigte, dass sie ebenfalls dieser Meinung sei. Sie bat jedoch darum, dass eine korrigierte Fassung der zuvor genannten Mail an die Schulleitungen geschickt werde, da es zuvor zu Verunsicherungen kam.

Ltd. KMD Dr. Meilicke teilte hierzu mit, dass der zuständige Dezernatsleiter bereits zugesichert habe dies zu klären.

Abg. Schmitz machte deutlich, dass man eine solche Herausforderung in dieser Form noch nicht hatte und diese nicht von heute auf morgen zu beheben sei. Er dankte allen Beteiligten der Kreisverwaltung und den Ehrenamtlern.